

Autor: Kurt Tschan
Basler Zeitung

«Unternehmer, geht in die Politik»

Bundesrat Schneider-Ammann fordert am Tag der Wirtschaft einen Mentalitätswandel und tatkräftiges Mitarbeiten

Von Kurt Tschan

Münchenstein. Vor 2500 geladenen Gästen in der St. Jakobshalle in Münchenstein warb der Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Johann Schneider-Ammann, für das Erfolgsdreieck liberaler Arbeitsmarkt, Sozialpartnerschaft und duales Bildungssystem. Um dieses zu bewahren, sei es jedoch unabdingbar, dass sich Vertreter der Wirtschaft auch in der Politik engagieren würden. «Es profitieren alle, wenn sich die Wirtschaft stärker politisch einbringt», sagte er. Gewinnen würde in erster Linie die Politik selbst, wenn sie von ihren Erfahrungen profitieren könne. Nur so könne sie auch sehen, welche unmittelbaren negativen Auswirkungen selbst gut gemeinte Interventionen auf den unternehmerischen Alltag hätten.

Gut gemeint sei häufig das Gegenteil von gut gemacht, so Ammann-Schneider. 140 Seiten neue Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Weisungen würden allein beim Bund jede Woche produziert. «Um das zu ändern, braucht es keine schönen Worte. Gefragt sind ein Mentalitätswandel und konkrete Taten», betonte er. Gerade hier könne die Wirtschaft einen konkreten Beitrag leisten. «Unternehmer, geht in die Politik», rief er deshalb den Baselbieter Wirtschaftsvertretern zu.

Wie wichtig dies gerade heute sei, darauf verwies der Präsident der Wirtschaftskammer, Andreas Schneider. «Wir erleben gerade eine Ausbreitung der Bürokratie und eine Regulierungsflut, die den typisch schweizerischen Unternehmergeist zu ersticken droht», sagte er. Der Direktor der Wirtschaftskammer, Christoph Buser, selbst Kandidat für den National- und Ständerat, verwies darauf, dass in der

staatlichen Verwaltung inzwischen drei Mal mehr Menschen arbeiten als bei der Migros. Pro Tag würden in der Schweiz im Schnitt rund 500 neue Beamtenstellen generiert. Bürokratie und Regulierungsflut drohten das individuelle Verantwortungsbewusstsein und den Unternehmergeist zu ersticken, sagte er. Er plädierte nicht für eine Schweiz AG, warnte aber gleichzeitig vor einer Genossenschaft Schweiz.

Milizsystem vor dem Ende

Für den Vorsteher der Baselbieter Finanz- und Kirchendirektion, Anton Lauber, ist es klar, dass die Politik wieder mehr Unternehmertum braucht – so wie früher, als zahlreiche Unternehmen von Persönlichkeiten geführt worden seien, die sich durch ihr Engagement in Vereinen, Militär und Politik profiliert hätten. Das Milizsystem sei ein Erfolgselement der Schweiz und habe für eine enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft gesorgt. Heute verschwinde dieses Erfolgselement jedoch immer mehr aus der DNA der Schweiz.

Swiss-CEO Harry Hohmeister verlangte von der Politik keine weiteren Beschränkungen bei den Betriebszeiten und eine Stabilisierung respektive Erhöhung der Stundenkapazität am Hub Zürich. Zudem sollen seines Erachtens weitergehende Verkehrsrechte nur erteilt werden, wenn sie im Interesse der Schweizer Volkswirtschaft liegen. «Die Golfstaaten haben die strategische Bedeutung des Luftverkehrs für die globalisierte Wirtschaft erkannt», sagte Hohmeister. Europa hingegen schränke den Luftverkehr immer stärker ein, so verliere man den Anschluss.

Die Chefin der Ems-Chemie, Magdalena Martullo-Blocher, kritisierte, dass die nationale Politik von Grossmacht-

gelüsten dominiert werde. «Man will gross mitreden, man dominiert die Bürger und Wirtschaft mit Besserwisserei, anstatt ein offenes Ohr für die Spezialisten zu haben», sagte sie. Obwohl die chemische Industrie 40 Prozent des Exports bestreite, werde sie in Bundesbern kaum wahrgenommen oder abgeblockt.

Nicht Sandkörner, richtige Steine

Die Mehrheit des Parlamentes bestehe aus Berufspolitikern mit mangelnder Sachkenntnis. Sie seien oberflächlich und entschieden aus politischem Eigennutz. «Anstatt die grossen Fragen der Zukunft anzugehen, ergeben sie sich in juristischen Wortklaubereien», sagte die erfolgreiche Unternehmerin. Pro Legislatur würden über 400 neue Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet. Die meisten würden die Wirtschaft und Unternehmen betreffen.

Gerade weil die Wirtschaft nicht genug Gehör finde, müsse sie selber Politik machen. Lobend äusserte sich Martullo-Blocher zum Baselbieter, das bekanntlich seine Hauptstadt nicht nach Basel verlegen wolle. Damit bestehe auch keine Gefahr, dass Liestal nach Brüssel verlegt werde, sagte sie.

In der abschliessenden Diskussion unter der Leitung von BaZ-Chefredaktor Markus Somm betonte der Aescher Bauunternehmer Remo Franz, dass die Regulierung unerträglich geworden sei. «Mittlerweile liegen keine Sandkörner, sondern richtige Steine im Weg», sagte er. FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger hat erfahren, dass viele Parlamentarier vor den «riesigen Argumentationslisten der Verwaltung inzwischen resignieren». Leider würden Unternehmer-Kollegen fehlen, die einen unterstützten. Zunehmende Eigendynamik führe zu einer schleichenden Verschärfung der Gesetze.

Autor: Kurt Tschan
Basler Zeitung



Offenes Ohr für die Spezialisten. 2500 Gäste in der St. Jakobshalle lauschen gespannt den Referaten. Swiss-CEO Harry Hohmeister (Bild oben) verlangt weniger Beschränkungen. Magdalena Martullo-Blocher (Bild rechts, mit Moderator Rainer Maria Salzgeber) kritisiert mangelnde Sachkenntnis in der Politik. Fotos Kostas Maros



Gemeinsame Ziele. Christoph Buser, der Direktor der Wirtschaftskammer, mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann (rechts).